

03.03.2013 – 10:07 Uhr

comparis.ch zur Akzeptanz der Zulassungsbegrenzung für Spezialärzte - Bundesrätlicher Ärztestopp überzeugt nicht restlos

Zürich (ots) -

Information: Die Grafik "Wenn am nächsten Sonntag über die Ärztezulassung abgestimmt würde, für welchen dieser Vorschläge würden Sie stimmen?" kann unter www.presseportal.ch/de/pm/100003671 kostenlos heruntergeladen werden.

Die Schweizer Bevölkerung ist vom Vorschlag des Bundesrates zur Ärztezulassung, über den das Parlament dieser Tage diskutiert, nicht restlos überzeugt. Für die staatliche Intervention mittels Ärztestopp sprechen sich fast gleich viele Personen aus wie für eine partnerschaftliche Lösung mittels einer Anpassung der Taxpunktwerte. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage des Internet-Vergleichsdienstes comparis.ch.

In der Frühlingsession befassen sich die Eidgenössischen Räte mit dem Ärztestopp. Ende 2011 war der Ärztestopp aufgehoben worden. Seither haben unzählige Arztpraxen eine Abrechnungsnummer erhalten und können zulasten der Krankenkassen-Grundversicherung abrechnen. Der Bundesrat schlägt vor, erneut einen Ärztestopp in Form einer bedarfsabhängigen Zulassungsbegrenzung von Ärzten einzuführen. Es gäbe aber Möglichkeiten, die einen weniger starken Eingriff durch den Staat bedeuteten. Der Internet-Vergleichsdienst comparis.ch hat wissen wollen, welchen Vorschlag die Bevölkerung als die geeignetste Lösung einstuft.

Grosser Handlungsbedarf

Eine repräsentative Umfrage von comparis.ch zeigt, dass die Schweizer Bevölkerung klar eine Änderung verlangt. Lediglich 15 Prozent sprechen sich für den Status Quo aus, das heisst für keinerlei Zulassungsbeschränkung. 12 Prozent sind unentschieden («Weiss nicht» oder «Keine Antwort»). 73 Prozent oder die ganz grosse Mehrheit möchten eine Form von Regulierung (siehe Grafik). «Es steht ausser Zweifel, dass etwas zu tun ist. Das ist ein klares Signal an die Politik», sagt Felix Schneuwly, Krankenkassen-Experte von comparis.ch. Doch was genau ist zu tun? Aufgrund der Umfrage gibt es für die Bevölkerung zwei Favoriten. Die eine Lösung überlässt den Kantonen viel Einfluss, die andere verzichtet auf eine tiefgreifende staatliche Intervention.

23 Prozent sind für einen erneuten Ärztestopp, wie ihn der Bundesrat vorschlägt. Dabei können die Kantone festlegen, wie viele Spezialärzte sie aufgrund des Bedarfs benötigen. Allerdings stösst dieser bundesrätliche Vorschlag nicht auf einhellige Zustimmung. Denn fast gleich viele Personen sind für einen Vorschlag ohne einen derart starken staatlichen Eingriff: 22 Prozent sprechen sich für eine Regulierung aus, die auf den Taxpunkten beruht. Mit dieser Lösung würde sich die Verteilung der Ärzte in der Schweiz automatisch ausgleichen. Anders als beim staatlichen Ärztestopp gibt es bei der Lösung mit den Taxpunkten, die von den Tarifpartnern (Leistungserbringer und Kostenträger) festgelegt werden, keine generelle Beschränkung der Anzahl Ärzte. Wo es zum Beispiel zu wenige Chirurgen gibt, kann der Taxpunktwert erhöht werden; so haben die Ärzte den Anreiz, dort zu arbeiten, wo es zu wenige Ärzte ihres Fachgebietes gibt.

Bundesrätliche Lösung kein «Nonplusultra»

«Die indirekte Steuerung via Taxpunkte ist eine dynamische Lösung, die ohne Gesetzesregelung und per sofort umsetzbar ist», sagt Felix Schneuwly zu den Vorteilen dieses Vorschlags. Das dürfte auch der Grund sein, dass die Zustimmung in der Bevölkerung praktisch gleich hoch ist wie beim bundesrätlichen Ärztestopp. «Die Tarifpartner haben es jetzt in der Hand: Sie sollten das Parlament von diesem Vorschlag überzeugen, damit sich die Anzahl Ärzte ohne Eingriff der Kantone reguliert», sagt Felix Schneuwly. Anzuführen ist, dass die Taxpunkte-Lösung im Einklang mit dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) steht - im Unterschied zum bundesrätlichen Vorschlag.

Nebst diesen beiden von der Bevölkerung favorisierten Lösungen wurde in der Comparis-Umfrage auch die Einstellung zu einer vollständigen Verstaatlichung thematisiert. 19 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass die Kantone Zulassungen nicht an einzelne Ärzte vergeben, sondern an ambulante Zentren und Spitäler, die ihrerseits die benötigten Ärzte mit einem fixen Monatslohn einstellen. Die Ärzte würden damit zu Staatsangestellten. «Dass so viele Schweizer Sympathie für mehr Staatsmedizin haben, zeigt: Viele Leute möchten den Anreiz der Ärzte eindämmen, mit mehr oder unnötigen Behandlungen mehr Geld zu verdienen», sagt Schneuwly.

Praktisch keinen Zuspruch findet ein Auktionsmodell. Nur 5 Prozent der Befragten würden dafür stimmen. Hier würde der Kanton die Anzahl Ärzte festlegen und die Zulassungen öffentlich ausschreiben. Die Auktion beginnt mit einem tiefen Tarif; dieser wird solange angehoben, bis alle erforderlichen Bewilligungen erteilt sind.

Repräsentative Umfrage

Im Auftrag von comparis.ch hat das Link Institut 1226 Personen im Alter von 18 bis 74 Jahren aus der ganzen Schweiz befragt. Die Online-Umfrage fand Ende Februar statt. Den Befragten wurden fünf konkrete Vorschläge vorgelegt, die sich darin unterscheiden, wie stark der Staat eingreifen soll: Keinerlei Zulassungsbeschränkung, eine Begrenzung im Sinne des Bundesrates, ein Auktionsmodell, eine Anpassung der Taxpunkte an die Ärztedichte oder eine Anstellung der Ärzte mit fixem Monatslohn. Die Befragten konnten dabei angeben, für welche Lösung sie stimmen würden, falls am kommenden Sonntag über die Ärztezulassung

abgestimmt würde.

Kontakt:

Felix Schneuwly
Krankenkassen-Experte
Handy: 079 600 19 12
Telefon: 044 360 34 00
E-Mail: felix.schneuwly@comparis.ch
www.comparis.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003671/100733790> abgerufen werden.